des oben erwähnten Compromisses zurückgezogen werden müsse, war sofort allen Betheiligten klar, als sie den Sturz des Cultusministers erfuhren."

Die „Berl. Börsen-Ztg." wird durch diese Erzählung an das Wort Bismarck's „Wenn man ahnte, wodurch oft Minister fallen?" erinnert, glaubt aber doch die Richtigkeit der neuen Version bezweifeln zu sollen:

„Uns will das Eine nicht ganz zu dem Ocean passen, der mit den Bäumen des Ministers, der sie fallen ließ, „entwurzelte", nämlich die besonders gnädige Form der Entlassung mit dem Hinweis auf spätere Wiederverwendung. Zwar wurde ja officiell auch dem Altreichskanzler bei Genehmigung seines „Abschiedsgesuches" zu seiner nicht geringen Ueberraschung gesagt, daß man ihn wiederholt habe verhindern wollen, seinen „Abschied" zu nehmen — aber das war der Zucker für die bittere Pille, und alle Welt lächelte bitter darüber. Wenn nun Graf Zedlitz gerade in dem Augenblicke fiel, wo sein Schulgesetz auf der Nadelspitze schwebte, so wird man doch am Ende gut thun, dem scheinbaren Anlaß nicht allzu viel Bedeutung beizulegen."

Nun, was dem Fürsten Bismarck Zucker für eine bittere Pille hatte sein sollen, konnte doch wohl auch dem gleichen Zwecke bei dem Grafen Zedlitz dienen, der übrigens, mag nun das Schulgesetz mit ihm oder er mit dem Schulgesetze gefallen sein, schwerlich glaubt, nochmals als preußischer Minister ein solches Gesetz einbringen zu können. Da er sich früher über die Gründe seines Rücktritts nicht geäußert hat, so wird er auch jetzt schwerlich sein Schweigen brechen und Licht in das Dunkel der Märztage des Jahres 1892 bringen. Jedenfalls ist es charakteristisch für die Lage, daß die neue Version auftauchen und in vielen Kreisen Glauben finden konnte.

⊙ **Berlin**, 27. December. (Telegramm.) Heute Abend beabsichtigt der **Kaiser**, das Observatorium in Potsdam zu besuchen, um dort die totale Mondfinsterniß zu beobachten.

⊙ **Berlin**, 27. December. (Telegramm.) Der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge wird der **Reichskanzler** Fürst zu Hohenlohe über Straßburg und Baden-Baden nach Berlin zurückkehren und hierselbst am Freitag eintreffen.

B. **Berlin**, 27. December. (Privattelegramm.) Das **Staatsministerium** trat heute Nachmittag 2 Uhr unter dem Vorsitz seines Vicepräsidenten Dr. v. Miquel im Dienstgebäude zu einer Sitzung zusammen.

— Der Kaiser hat die Annahme der Kiautschaubibliothek genehmigt und in der Ordre an das Reichs-Marineamt bemerkt: „Es gereicht Mir zur Freude, daß die Thätigkeit des Kiautschaubibliothek-Comités einen so erfreulichen Erfolg gehabt hat, wodurch den im Kiautschangebiet sich aufhaltenden Angehörigen der deutschen Wehrmacht Gelegenheit geboten ist, an dem geistigen Leben der Heimath theilzunehmen und sich nach beendetem Dienst geistig zu erfrischen."

— An dem nächsten Feste des Ordens vom Schwarzen Adler, welches mit sich daran anschließendem Capitel am Dienstag, den 17. Januar 1899, im Rittersaale des königlichen Schlosses abgehalten wird, werden die Investitur durch den Kaiser erhalten: der General der Cavallerie von Krosigk, à la suite des Leib-Garde-Husaren-Regiments, der deutsche Botschafter in St. Petersburg Fürst von Radolin, der Minister des königlichen Hauses v. Wedel-Piesdorf, der Oberpräsident von Westpreußen, Staatsminister Dr. von Goßler, und der commandirende Admiral von Knorr. Außer diesen Rittern des höchsten preußischen Ordens ist letzterer im Jahre 1898 noch verliehen worden: dem Kaiser von China, dem Prinzen Oskar von Preußen, dem Großherzoge Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin und dem türkischen Großvezier Halil Rifaat Pascha. Von Rittern des Schwarzen Adler-Ordens sind im Jahre 1898 gestorben: General der Cavallerie Graf Wilhelm zu Stolberg-Wernigerode, Chef des Dragoner-Regiments von Bredow Nr. 4, am 7. März, der frühere österreichisch-ungarische Botschafter am Berliner Hofe, Graf Emmerich Szechenyi, am 11. März, der Herzog Louis von Sagan am 21. März und Erzherzog Leopold von Oesterreich, Chef des Grenadier-Regiments Nr. 6, am 24. Mai.

— Die brandenburgische Landwirthschaftskammer will die Dienstbotenprämiirung allgemein einzuführen suchen, als eins der „kleinen Mittel" zur Steuerung der Leutenoth auf dem Lande.

— Die erste socialdemokratische Gemeindevertretung für die Provinz Brandenburg ist heute hier im Restaurant „Zur Gleichheit" zusammengetreten und von dem Reichstagsabgeordneten Singer mit einer kurzen Ansprache eröffnet worden.

s. **Braunschweig**, 26. December. Bekanntlich hat der Gothaische Hofkalender in seiner Ausgabe für das Jahr 1899 insofern eine bemerkenswerthe Neuerung vorgenommen, als Herzog Ernst August von Cumberland und seine Familie nicht mehr unter „Großbritannien" als „Königlicher Prinz von Großbritannien und Irland" aufgeführt ist, sondern in dem officiellen Fürstenlexikon in der Rubrik der im deutschen Reiche regierenden Fürstenhäuser unter „Braunschweig-Lüneburg" figurirt. Diese Neuerung, die in der Presse eine lebhafte Besprechung gefunden hat, wurde von dem Berliner Staatsrechtslehrer Kahl damit in Zusammenhang gebracht, daß „Etwas geschehen sein müsse, was diese Aenderung veranlaßt habe". In den Commentaren zu diesem Vorgange ging man so weit, die Vermuthung auszusprechen, die Richtigstellung in dem Hofkalender sei als ein Symptom für eine bevorstehende Aussöhnung zwischen dem Kaiser und dem Herzoge aufzufassen. Die Redaction des Gothaischen Hofkalenders hat sich bereits gegen die Unterstellung verwahrt, daß sie Politik treibe und sich beeinflussen lasse. Heute erfährt man, daß die Neuerung auf eine Anregung zurückzuführen ist, welche der Erste Vorsitzende der braunschweigischen Landesrechtspartei, der Schriftsteller und herzoglich braunschweigische Premierlieutenant a. D. O. Elster, bereits vor 2 Jahren der Redaction des Hofkalenders gegeben hat, daß es sich also durchaus nicht um eine preußische Intervention handelt, die von Vorbedeutung sein könnte in Bezug auf eine Aussöhnung zwischen den Höfen von Berlin und Gmunden, soweit die Thronfolgefrage in Braunschweig dabei in Betracht kommt. Es ist vorläufig noch davon festzuhalten, daß seit dem Jahre 1893 Verhandlungen zwischen der Krone Preußen und dem Herzoge von Cumberland nicht mehr stattgefunden haben.

H. **Hannover**, 27. December. (Privattelegramm.) Der geschäftsführende Ausschuß des Provinzial-Wahlcomités der **nationalliberalen Partei der Provinz Hannover** wird der „Berl. Börs.-Ztg." zufolge am 5. Januar in Hannover zusammentreten und u. A. auch die Stellungnahme der Partei zur conservativen Vereinigung in Hannover erörtern.

n. **Mühlhausen i. Th.**, 27. December. Vor einigen Tagen fand in Heyerode eine von ca. 200 Handwerkern besuchte Versammlung statt, um über Gründung einer Weberinnung zu berathen. Es wurde die Gründung einer freien Innung beschlossen; 200 Weber erklärten durch Namensunterschrift sofort ihren Beitritt.

W. **Stuttgart**, 25. December. Die Steuerreform kommt voraussichtlich ebensowenig zu Stande wie die Verfassungsrevision. Die Abgeordnetenkammer hat, bevor sie in die Weihnachtsferien ging, die Steuergesetzentwürfe in der Schlußabstimmung allerdings angenommen, aber ohne die von der Ersten Kammer als conditio sine qua non ausbedungene Bestimmung, daß eine etwaige künftige Erhöhung der Einkommensteuer der ordentlichen Gesetzgebung vorbehalten bleiben soll, und ohne weiteres Zurückweichen in der kritischen Frage des Maximalsatzes für die Einkommensteuer. Das Schicksal der Reform hängt nun von der Ersten Kammer ab, die nach Neujahr ihre Entscheidung treffen wird. Nach den früheren Debatten in der Ersten Kammer ist kaum anzunehmen, daß die Standesherren sich den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses fügen, wenn auch die Regierung es an ernsten Bemühungen nicht fehlen lassen wird, sie zu bestimmen, durch Nachgiebigkeit das Gesetz zu retten. Vor ihrer Vertagung hat die Abgeordnetenkammer auch noch die Generaldebatte zu dem Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch erledigt. In längerem, gediegenem Vortrag legte Justizminister Dr. v. Breitling die Grundgedanken des Entwurfes dar, wobei er hervorhob, daß der Entwurf dem Bürgerlichen Gesetzbuche und der dadurch geschaffenen bürgerlichen Rechtseinheit möglichst entgegenkomme, ohne jedoch mit erprobten württembergischen Einrichtungen vollständig zu brechen. Mehrere Abgeordnete empfahlen eine Aenderung des Entwurfes dahin, daß die Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, namentlich diejenigen des Vormundschafts- und Nachlaßgerichts, von Gemeinde- (nicht von Staats-) Beamten besorgt werden. Der Gesetzentwurf wurde einer besonders dafür gewählten Commission zur Vorberathung überwiesen; alsdann vertagte sich die Kammer auf unbestimmte Zeit. — Von der Volkspartei ist folgende Anfrage an die Regierung eingebracht worden: „Ist die königliche Staatsregierung angesichts der im Reichstag durch die Reichsregierung angekündigten Schaffung eines Check- und Ausgleichs- (Clearing-) Verfahrens bei der Reichspostverwaltung geneigt, eine entsprechende Einrichtung auch für unsere württembergische Postverwaltung einzuführen?"

* **Aus Elsaß-Lothringen**, 26. December, wird dem „Hamb. Nachr." geschrieben: In Lothringen ist der Großgrundbesitz immer noch überwiegend in französischen Händen. Die meisten Besitzer bewirthschaften aber die Güter nicht, sondern verpachten sie, während sie selbst in Frankreich leben. Die meisten Güter befinden sich in sehr verwahrlostem Zustande und werfen, weil sie nach veraltetem System betrieben werden, nur geringe Erträgnisse ab. Es ist dies weiter nicht verwunderlich, da die Eigenthümer sich wenig um die Sache kümmern und die Pächter weder Geld noch Lust haben, durchgreifende Verbesserungen vorzunehmen. Die Thatsache, daß Lothringen zwar politisch deutsch geworden, zum Theil aber Eigenthum von Franzosen geblieben ist, hat natürlich an sich schon eine gewisse politische Bedeutung. Dazu kommt noch, daß die französischen Eigenthümer jedes Jahr monatelang ins Land zu kommen pflegen und in ihrem Verkehr mit der Bevölkerung dazu beitragen, die französischen Neigungen wieder aufzufrischen. Vor einigen Jahren ist bekanntlich ein Anlauf genommen worden, lothringische Großgüter in deutschen Besitz zu bringen. Leider ist die Sache wieder ins Stocken gerathen, nachdem einschließlich des kaiserlichen Gutes Urville etwa ein halbes Dutzend Güter in deutsche Hände übergegangen waren. Die damit gemachten Erfahrungen sind, so weit die Bewirthschaftung mit Sachkenntniß und den nöthigen Geldmitteln ausgeführt wurde, nicht ungünstig. Jedenfalls kann die Erwerbung solcher Güter auch heute noch als eine lohnende Capitalanlage angesehen werden, trotzdem inzwischen die Güterpreise in die Höhe gegangen sind. — Die Zahl der Personen, welche im abgelaufenen Quartal die elsaß-lothringische Staatsangehörigkeit durch Naturalisation erworben haben, beträgt 92. Bei einem großen Theil derselben handelt es sich um elsaß-lothringische Emigranten, welche zu bleibendem Aufenthalte in die Heimath zurückgekehrt sind.

Oesterreich-Ungarn.

Tschechische Erfolge; Steinwender.

* **Wien**, 27. December. (Telegramm.) In den deutschen Abgeordnetenkreisen erregen die Meldungen über die neuesten Sprachenerlasse für Böhmen und Schlesien peinlichstes Aufsehen. Dipauli's Erlaß an die Postbehörden in Böhmen, als Durchführungsvorschrift zu den Sprachenverordnungen hinausgegeben, läßt die Einführung der inneren tschechischen Amtssprache in Böhmen nicht blos für die tschechischen, sondern auch für die gemischtsprachigen Postämter zu. Ebenso bedeutend ist die Errungenschaft der Tschechen in Schlesien, da sich herausstellt, daß die Vorschriften über die Gleichstellung der tschechischen und der polnischen Sprache mit der deutschen nicht blos an die Gerichte, sondern auch an die politischen und die Schulbehörden ergangen sind. Zweifellos wird durch diese Anordnung der Regierung zu Gunsten des Slawenthums die deutschradicale Richtung in Deutschböhmen und Schlesien wesentlich gefördert. (Voss. Ztg.)

* **Wien**, 27. December. (Telegramm.) Wie verschiedene Blätter melden, hat der Abgeordnete Steinwender ein Schreiben an den Obmann der deutschen Volkspartei, Hoffmann v. Wellenhof, gerichtet, in welchem er einen Austritt aus dem Verbande der Partei anzeigt.

Baron Banffy; Duelle und kein Ende.

* **Pest**, 27. December. (Telegramm.) In oppositionellen Kreisen deutet man den Retorsionsvorbehalt Horanszky's dahin, daß Baron Banffy nunmehr nicht nur politisch, sondern auch als Privatperson disqualificirt sei. Horanszky veröffentlicht heute eine Reihe von Briefen Banffy's, Apponyi's und Szell's, um nachzuweisen, daß Banffy wortbrüchig geworden sei. Im Nationalcasino, dem vornehmsten Adelsklub des Landes, dessen Mitglied auch Baron Banffy ist, arbeiten die oppositionellen Mitglieder, deren Führer eben Graf Stefan Karolyi ist, dahin, daß Banffy aus der Liste der Mitglieder gestrichen werde. In Klausenburg fand heute eine oppositionelle Volksversammlung statt, in welcher der Abgeordnete Nikolaus Barte geradezu zur Revolution aufforderte und Banffy einen Betrüger nannte. (Voss. Ztg.)

* **Pest**, 27. December. (Telegramm.) In Verfolg der Duellangelegenheit des Ministerpräsidenten Baron Banffy mit Horanszky schwebt zwischen dem Honvedminister Fejervary und dem Abgeordneten Edmund Gajeri einerseits und dem Grafen Karolyi und Nicolaus Szemere andererseits ein neuer Ehrenhandel. Ferner forderte Horanszky von Edmund Gajeri Genugthuung wegen eines gestern im „Magyar Ujsag" erschienenen Artikels.

* **Pest**, 27. December. (Telegramm.) Es verlautet, Horanszky habe auch den Honvedminister Fejervary gefordert.

* **Pest**, 27. December. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus. Der Saal und die Galerien sind dicht gefüllt. Während der Verlesung des Protokolls betritt Szilagyi den Saal und wird von der Opposition mit stürmischen Eljenrufen empfangen. Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt Bolgar wegen der Ernennung des neuen Ministers a latere an. Ministerpräsident Baron Banffy antwortet, die Ernennung des Ministers sei ein Specialrecht Sr. Majestät, das nicht zum Gegenstand einer Debatte gemacht werden könne. Uebrigens sei der neuernannte Minister ein bejahrter Mann und Mitglied des Magnatenhauses; seine Ernennung zum Minister sei daher wohl berechtigt, und gegen das Vorgehen der Regierung lasse sich nichts einwenden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Rede des Ministerpräsidenten wurde mit größter Ruhe angehört. Das Haus ging darauf zur Tagesordnung über.

Frankreich.

Die Geheimacten; Ausstand der Kaufmannsgehilfen; Ernennungen.

* **Paris**, 27. December. (Telegramm.) Nach der gestrigen Unterredung des Ministerpräsidenten Dupuy mit dem Präsidenten der Criminalkammer des Cassationshofs, Loew, über die Bedingungen, unter denen die Geheimacten dem Cassationshofe mitgetheilt werden sollen, sandte Loew gestern Abend ein Schreiben an den Kriegsminister Freycinet, in welchem er die betreffenden Bedingungen aufstellt. Der Ministerpräsident und die Minister Freycinet und Ledret beriethen alsdann über diese Bedingungen, die ihnen schließlich die für die Sicherheit des Staates und die Vertheidigung des Angeklagten nothwendigen Garantien zu gewähren scheinen. Infolgedessen wurde beschlossen, die Geheimacten heute dem Cassationshofe mitzutheilen, und zwar soll die Mittheilung in der Weise geschehen, daß der Hauptmann Cuignet die Actenstücke dem Cassationshofe überbringen und sie täglich nach der Sitzung der Criminalkammer wieder fortmitnehmen wird, so oft der Gerichtshof es für nöthig erachtet. Nachdem der Hauptmann die Actenstücke überbracht haben wird, soll er sich in einem neben dem Berathungszimmer des Cassationshofs gelegenen Raume aufhalten, um technische oder andere Mittheilungen zu machen, die dem Cassationshofe erwünscht sein könnten.

* **Paris**, 27. December. Die Feiertage verliefen vollkommen ruhig, wenn die Blätter auch ihre gewöhnliche Aufregung zeigten; der Ausstand der Kaufmannsgehilfen ist nahezu beendet, da die meisten Ladenbesitzer unter dem Zwange des gewählten Zeitpunctes alle Forderungen bewilligen mußten. (Voss. Ztg.)

* **Paris**, 27. December. (Telegramm.) Präsident Faure unterzeichnete die Ernennung Constans' zum Botschafter in Konstantinopel und die Ernennung des Unterdirectors im Ministerium des Aeußeren Jusserand zum Gesandten in Kopenhagen.

Belgien.

Keine Anarchisten.

* **Brüssel**, 27. December. (Telegramm.) Gegenüber auswärts verbreiteten Meldungen von der Verhaftung einer Anarchistenbande wird festgestellt, daß es sich um die Ergreifung einer Anzahl alter Verbrecher handelt, die sich wegen Straßenraubes zu verantworten haben. Mit anarchistischen Umtrieben stehen die Verhaftungen in keinerlei Zusammenhang.

Italien.

v. Rotenhan.

* **Rom**, 27. December. (Telegramm.) Die heutige Antrittsaudienz des preußischen Gesandten Freiherrn v. Rotenhan beim Papste dauerte etwa eine halbe Stunde und trug einen äußerst herzlichen Charakter. Nach der Audienz stattete der Gesandte dem Staatssecretair Cardinal Rampolla einen Besuch ab.

Großbritannien.

Abrüstungs-Conferenz.

* **London**, 27. December. (Telegramm.) Einer römischen Depesche des „Daily Mail" zufolge wird der endgiltige Abrüstungsplan, der der bevorstehenden Conferenz unterbreitet werden soll, demnächst den Mächten amtlich mitgetheilt werden. Die Conferenz wird Anfangs Mai in Petersburg stattfinden. Der Plan soll sehr bald den Mächten unterbreitet werden, um sie in den Stand zu setzen, Aenderungen zu formuliren oder Gegenvorschläge zu machen. Der Plan wird geheim gehalten werden. (Magdb. Z.)

Asien.

Aus Schantung.

* **Peking**, 26. December. Der deutsche Gesandte Baron Heyking protestirte gegen die neuen chinesischen Bergbau- und Eisenbahnverordnungen. Unter der eingeborenen Bevölkerung von Schantung gährt es (??); Fremdenhetzen haben dort begonnen. Beunruhigende Berichte liegen auch über die Stimmung der Bevölkerung in Futschau vor. (Magdeb. Ztg.)

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Bei den Exemplaren der Stadtauflage der vorliegenden Nummer befindet sich eine Sonderbeilage vom **Verein der Dienstherrschaften für Krankheitskosten-Entschädigung der Dienstboten**, dessen Geschäftsstelle sich Reudnitzer Steinweg Nr. 1, 1 Treppe befindet. Die Sonderbeilage sei der Beachtung der Dienstherrschaften empfohlen.

Grosse Ausstellung der diesjährigen Neuheiten von
Neujahrs-Gratulationskarten.
Specialität: Karten mit Namen oder Firma
Lieferung binnen 24 Stunden.
M. Apian-Bennewitz, Markt, Barthel's Hof, nur im Hofe quertor.
Engros-Verkauf an Wiederverkäufer zu Fabrikpreisen nur 1. Etage.

Neujahrskarten! Grosse Ausstellung von Neuheiten: Ueberzählig nach Preisen geordnet, auch grosse Auswahl in englischen Tgt.
Wiederverkäufern Original-Fabrikpreise!
Neuheiten in einfachen und aparten Karten zum Firmen-Eindruck.
Postkarten per Dutzend 20, 35, 50, 75 u. 100 ₰.
F. Emil Bernh. Böhme,
29 Reudnitzer Steinweg 29, neben d. Apotheke. Telephon 4180.

Carl Reichert,
Neumarkt 30/32, Fernsprecher Nr. 5125,
empfiehlt
Neujahrskarten
in grösster Auswahl.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Neujahrskarten-Ausstellung.
Richard Kahle, Nürnberger Strasse 5,
empfiehlt in bekanntlich grosser Auswahl Gratulationskarten, einfache Schriftkarten z. Namensaufdruck, Jll. humoristische Post- u. Scherzkarten.

Winterkur **Oberhof i. Th.** 840 m ü. d. M.
Kurhaus u. Pension Marien-Bad für Nervöse u. Erholungsbedürft. j. Art. Comfortables u. behagl. Heim mit durchaus famil. Charakter. Wunderv. Lage, herrl. Winterlandschaft, Wintervergnügungen all. Art. Prosp. d. d. Besitzer: Dr. med. C. Weidhaus, Badearzt.

PATENTE etc. schnell & gut Patentbüreau. **SACK — LEIPZIG**

Jede Hausfrau verwende für die Wäsche und den Hausbedarf Elsenbein-Seife und Elsenbein-Seifenpulver mit Schutzmarke „Elefant".

Auer-Gasglühlicht
Multiplex-Gasfernzünder
F. W. Dannhäuser,
Weststraße 12. Fernspr. 2053.
Instandhaltung im Abonnement.

Russische Cigaretten
F. A. Coppius, Petersstr: 15.

Tageskalender.

Telephon-Anschluß:

Expedition des Leipziger Tageblattes . . . . . Nr. 222.
Redaction des Leipziger Tageblattes . . . . . „ 153.
Buchdruckerei des Leipziger Tageblattes (E. Polz) . „ 1173.
Otto Klemm's Sortiment (**Alfred Hahn**), Filiale: Universitätsstraße 3: 4046.
Louis Lösche, Filialen des Leipziger Tageblattes: Katharinenstr. 14: 2935, Königsplatz 7: 3575.

Auskunftsstelle für See-Schifffahrts- und Reise-Verkehr: Reisen-Weltkarte der Hamburger Rhedereien: F. W. Graupenstein.

---

bewilligen, seines Vorgängers letzter Ukas blieb ein Stück Papier und in Alexander befestigte sich immer mehr die Ueberzeugung, der nackte Absolutismus allein könnte für Rußland zum Segen werden. Sein Manifest vom 10. Mai 1881 lautete so autokratisch und legitimistisch, daß wohl Niemand mehr von einem constitutionellen Regiment träumen konnte. Die Zeit des Schwankens und der halben Maßregeln, wie sie Alexander II. charakterisirten, war vorbei, die Pandorabüchse wurde geschlossen.

Alexander III. war ein unsträflicher Charakter, von ungewöhnlicher Selbstzucht und Strenge gegen sich selbst, wie Nicolaus I., ehrlich und gewissenhaft, ein unermüdlich fleißiger Beamter, eine solide Natur; sein Familienleben im Antischkow-Palast war ein Muster für das ganze Reich; es gab keine glücklichere Ehe, der starke Mann liebte seine wunderbar schöne Gemahlin mit rührender Innigkeit und blickte verklärten Auges auf seine Kinder. Ein Freund der Musik und selbst ein tüchtiger Cellist, veranstaltete er bei sich als Großfürst und als Kaiser gemüthliche Familienconcerte, die von seltenem Reize waren. Von Genialität hatte er keine Spur, er war ohne staatsmännische Talente, ohne weittragendes Urtheil, ohne blendende Vorzüge.

Gegen den Berliner Hof war Alexander auffallend kühl und obwohl er am Dreikaiserbündniß festhielt, verletzte seine Politik oft Deutschland. Eine Hauptursache hierzu war die Abneigung der Kaiserin als einer dänischen Prinzessin und als Tochter der Königin Louise, der schlimmsten Feindin der Bismarck'schen Politik. Schuwalow, seit April 1885 Botschafter in Berlin, hatte Mühe, Alexander endlich im November 1887 zum Besuche bei dem greisen Kaiser Wilhelm zu veranlassen. Wie unter ihm die Freundschaft zwischen Rußland und Frankreich immer inniger wurde, ist noch in aller Erinnerung. Glänzende Feste wurden der offiziellen Pariser Deputation in Kronstadt gegeben und Alexander III., der strenge Autokrat, hörte als erster russischer Kaiser die Marseillaise stehend und entblößten Hauptes an. Aber der geheime Wunsch Frankreichs, mit Hilfe Rußlands Elsaß-Lothringen wiederzuerobern, scheiterte an Alexander's Friedens- und Gerechtigkeitsliebe.

Alexander hoffte auf Unkosten der Bildung und des Fortschrittes die Liebe seiner Russen zu erobern. Stieß er das Fremdländische von sich, hemmte er das Leben der Ausländer in Rußland durch allerlei Zwang, verfolgte er die westeuropäische Cultur und suchte ihren unter den früheren Herrschern erlangten Einfluß wieder auszutilgen, so war er seiner Meinung nach ein echt nationaler Herrscher, ein Vater seiner Russen. Er übersah, daß ein Zar der Moskowiter nicht mehr zeitgemäß sei und daß man mit aller Staats- und Polizeigewalt die Cultur nicht mehr ausrotten könne. In diesen seinen Vorstellungen aber bestärkte ihn beständig der unheilvolle Rathgeber Arakischejew. Pobjedonoszew, der Oberprocurator der Heiligen Synode, bemächtigte sich mit dem Priester Johann von Kronstadt seiner Seele und führte ihn in eine Bigotterie hinein, die seiner Dynastie bisher fremd gewesen. Obwohl ein tüchtiger Jurist, obwohl ein glänzender Meister der russischen Sprache, warf sich Pobjedonoszew der blinden Orthodoxie in die Arme und erstickte jede Freiheit im Leben der Kirche und der Schule. Alle Finsterlinge standen hinter ihm, er verkörperte das panslawistisch-orthodoxe Rußland.

Kein Wunder, daß Alexander III. unter solchem Einfluß immer finsterer und aller Freiheit feindlich wurde. Die Nihilisten, die seinen Vater gemordet, hatten eine Zeitlang weniger Unthaten ausgeführt, Alexander aber lebte ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger in steter Furcht vor Attentaten in großer Zurückgezogenheit in Gatschina, von Kosaken umringt; wenn er reisen mußte, war auf beiden Seiten der Bahn Militair postirt und Militair ritt neben dem Zuge her. Seit dem Attentat von Borki trat eine krankhafte Menschenscheu neben der Furcht vor jedem Geräusch bei Alexander auf. Manche Speise mußte die Kaiserin für den Kranken bereiten, der Gift fürchtete.

Dem finster dreinblickenden Vater, der seine Russen kannte, folgte der ihnen und Europa unbekannte jugendliche Sohn, eine bescheidene, schwächliche, einfältige Persönlichkeit. „Ich will nicht nur Nicolaus II. heißen, sondern auch ein zweiter Nicolaus sein", soll er bei seiner Thronbesteigung gesagt haben, und er hat dessen Muth geerbt, er fürchtet den Tod nicht, er ist Fatalist und weiß, das Schicksal ist unabwendbar. Darum beseitigte er sofort die ängstlichen Absperrungsmaßregeln des Vaters, ging unter sein Volk, wenn auch Verschwörer darunter waren, verbat sich die Bewachung auf Schritt und Tritt durch die Polizei, promenirte mit der Kaiserin in den Straßen oder fuhr im offenen Wagen; er richtete seinen Hofhalt möglichst einfach ein, was mit der üblichen russischen Pracht im greellsten Widerspruch stand, er erleichterte den Zutritt zu ihm, er las Bittschriften selbst und arbeitete unermüdlich.

Bei der Krönung in Moskau ereignete sich das grauenhafte Unglück auf dem Chodinski-Felde, weil der Oberpolizeimeister und Andere ihr Schuldigkeit verabsäumten, als die üblichen Geschenke unter die nach Hunderttausenden zählende Menge vertheilt werden sollten. Nicolaus machte mit den Schuldigen kurzen Proceß und veröffentlichte unerhörter Weise seine Entschließung in einem Ukas; er erstrebte, was sein Vater vergebens wollte, die Befreiung der Geister in Rußland vom Schmutze der Corruption, offene Gerechtigkeit.

Voll Pietät gegen seinen Vater, übernahm er auch dessen Abneigung gegen Deutschland und Alexander's III. Freundschaft für Frankreich ging auf ihn über. „Er wollte „der Tradition seines Vaters treu bleiben." Das Wort „Allianz", dem der verschlossene, wortkarge, nachdenkliche Nicolaus in Paris noch aus dem Wege gegangen war, sprach er endlich bei dem Gegenbesuch Faure's in Petersburg aus, aber gleichviel blieb er dem Entschlusse seines Vaters, ein Friedensfürst zu sein, treu und ließ es nicht an Versuchen fehlen, zwischen Frankreich und Deutschland zu vermitteln.

Alexander III. hatte von moderner Freiheit nichts wissen wollen, Nicolaus II. regiert noch viel zu kurz, um ein Urtheil über seine Stellung hierzu zu ermöglichen. Von der Ausgestaltung der Selbstverwaltung scheint er nicht viel zu halten und constitutionelle Velleitäten liegen ihm völlig fern. Als die Semstwos ihm nach der Thronbesteigung durch eine Deputation Wünsche in dieser Richtung vortrugen, wies er sie schroff zurück. Wie warm er aber für sein Volk empfindet, zeigte im August 1898 die Feier der Enthüllung von Alexander's II. Denkmal in Moskau, bei der er in allererster Linie immer wieder den reichen Segen der Bauernbefreiung hervorhob. Gegen Polen ist seine Politik noch schwankend.

Die letzte That Nicolaus' II. ist bekanntlich sein Abrüstungsmanifest, das dem Kriege den Krieg erklärt. Es fand trotz seiner humanitären, der russischen Tradition absolut widerstreitenden Charakter in Europa eine getheilte Aufnahme. Professor Kleinschmidt schließt seine Charakteristik Nicolaus' II. und sein instructives Werk: „Wird auch das Manifest nicht ausgeführt, so ist es doch, als vom Zaren ausgehend, ein diplomatischer Zug von eminenter Wirkung und sichert Nicolaus II., dessen Anfänge eine gesegnete Regierung hoffen lassen, einen Ehrenplatz in der Weltgeschichte. Daß gleichzeitig mit dem Manifeste und mit den Feierlichkeiten, in deren Mitte die Bauernbefreiung stand, die starre Orthodoxie in der Person Pobjedonoszew's verherrlicht wurde, beeinträchtigte die Wirkung auf das unbefangene denkende Europa." Wir fügen hinzu, daß allmählich die Auffassung des Friedensmanifestes sich dahin geklärt hat, daß man es weniger mit einem Producte humanitärer Gesinnung des Zaren, als mit einem diplomatischen Schachzug zu thun hat, der Frankreich über die Erfolglosigkeit seiner Revanchehoffnungen aufklären, England in Ostasien entwaffnen und vielleicht auch der deutschen Reichsregierung bei ihren neuen Heeresforderungen Schwierigkeiten bereiten sollte. Jedenfalls hat Nicolaus II. mit seinem Friedensmanifest erreicht, daß man seiner Regierung mit noch größerer Vorsicht und hie und da nicht ohne Mißtrauen folgen wird.

SLUB
Wir führen Wissen.